

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. - Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringergeld.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 85 Pfg. für die 6 gepaltene Zeile. Der Betrag ist im Voraus zu entrichten.

Nr. 5

Sonntag, den 4. Februar

1917

Es steht schlecht.

Es ist merkwürdig: Sobald von amtlicher Stelle weitgehende Erklärungen über das Kriegsernährungsamt in die Öffentlichkeit gelangen, kann man jedesmal feststellen, daß das ganze System, nach dem die Ernährungsverhältnisse während des Krieges geregelt werden, unzulänglich und falsch ist. Am 19. und 20. Januar fand eine Sitzung des Beirats des Kriegsernährungsamts statt, über die ein offizieller Bericht zur Veröffentlichung gebracht wurde.

Natürlich ist das Wichtigste an diesem Bericht die Auseinandersetzung des Präsidenten v. Batocki. An ihm haben die Einwände der Mitglieder des Beirats ein, der bekanntlich nur begutachtende Befugnisse hat. Herr v. Batocki sagte in seinem Ueberblick über die Ernährungsverhältnisse:

„Die Versorgungsschwierigkeit dieses Jahres hat ihren Grund in der schlechten Kartoffelernte. Auch die Transportverhältnisse haben sehr ungünstig eingewirkt. Die Schätzungen über die Getreideernte gehen so weit auseinander, daß am 15. Februar 1917 eine neue Bestandsaufnahme nötig wird. Die Kartoffelvorräte werden sich erst genau feststellen lassen, wenn die Wägen geöffnet sind und das Saatgut ausgelesen ist. Trotz der günstigen Körnerernte stehen wir insolge der Kartoffelmisernte bezüglich der gesamten verfügbaren Nährwerte an Getreide und Kartoffeln schlechter als im Vorjahre.“

Diese wenigen Sätze enthalten in ihrer gedrängten Kürze auch das Uebel über das System, nach dem gearbeitet wird. Die Getreideernte ist nur eingeschätzt, keineswegs zwingend statistisch aufgenommen. Die Angaben der Produzenten sind nicht gründlich nachgeprüft, es ist meist alles auf Treu und Glauben hingenommen worden. Ist es da ein Wunder, daß trotz der Beschlagnahme des Getreides große Mengen nicht angegeben, der menschlichen Ernährung vorenthalten, zu Viehfutter und anderen Zwecken benutzt wird? Es ist in der bürgerlichen Gesellschaft nicht möglich, dem egoismus die Flügel so zu stutzen, daß er ohne Zwangsmaßnahmen seiner Beute nachgeht. Die Aufdeckung und Bestrafung von Nichtangaben und Vorenthaltung von Getreide, die großen Getreideschiebern der letzten Zeit beständigen nur, daß viel, viel mehr solcher Dinge geschehen, nur daß die Enthüllung nicht erfolgt.

Hier versagt das System, von dem jedoch Herr von Batocki dem Beirat erklärte: „Eine grundsätzliche Änderung des Systems soll im neuen Wirtschaftsjahr nicht eintreten“. Mit anderen Worten sagt uns diese Erklärung, daß in der bisherigen Weise fortgewirtschaftet wird und daß wir in einem vierten Kriegswinter dieselben Ernährungsstände, ja wahrscheinlich noch ungünstiger haben würden.

Eine Bestätigung hierfür dürfen wir demnächst erwarten, wenn am 15. Februar die neue Bestandsaufnahme des Getreides erfolgen wird. Wird sie in der bisherigen Weise aufgenommen, dann wird sie ebenso wenig auf Genauigkeit zu rechnen haben, wie die vorhergehende nach der Ernte. Ausgedroschenes Getreide kann der Bestandsaufnahme noch leichter entzogen werden. Staatskommissionen, mit weitgehenden Befugnissen ausgestattet, müßten hier jahraus jahrein tätig sein, um nur annähernd den Bestand zu ermitteln. Fest umschriebene Bedingungen müßten ihnen zur Seite stehen, strengste Strafe müßte die Hinterziehung bedrohen. Vor allem müßte aber ein Landbebauungssystem die Produktion regeln, dann würde nach diesen Vorschriften auch eine leichtere Erfassung der Ernte möglich sein. Doch wollen wir hier nicht vergeblich den Faden der Produktionsregelung weiter ausspinnen — „eine Änderung des Systems soll grundsätzlich nicht eintreten“, sagte ja Herr v. Batocki.

Wenn aber alle die Mängel in der Erfassung des Getreides einer rationellen Brotverteilung hinderlich sind, trotzdem die Beschlagnahme über das Getreide ausgeprochen ist, wie viel schlimmer muß es um die Kartoffel stehen, wo die Beschlagnahme nicht nur fehlt, sondern ein fehlerhaftes Preisystem bekanntlich zu den unliebsamsten Zuständen führte. Glaubt Herr v. Batocki wirklich, daß nach der Oeffnung der Wägen und nach der Saatgutauslese die Kartoffelvorräte sich „genau feststellen“ lassen werden?

Selbst wenn die Regierung resp. der „Lebensmittelbittator“ fest und scharf zugreife, wird eine genaue Feststellung nicht erfolgen. Die Produzenten und Händler haben in den letzten zwei Kriegsjahren eine Routine erlangt, die den milden Ermahnungen der Regierung oder auch ausnahmsweise scharfen Untersuchungen Schnippchen auf Schnippchen schlägt. Ganz abgesehen davon, daß

die Methode des Einkaufs und der Verteilung eine heillose Verwirrung hervorgerufen hat, über die sich die größten Gemeinwesen der Städte mit vernichtendem Urteil ausgesprochen haben.

Und so bleibt es bei dem verzweifeltsten Hinweis des Herrn v. Batocki, daß wir trotz der günstigen Körnerernte „bezüglich der gesamten verfügbaren Nährwerte an Getreide und Kartoffeln schlechter stehen als im Vorjahre“. Wie das im Augenblick auf die Arbeiter wirken muß, brauchen wir nicht umständlich darzulegen. Sie werden es sich auch merken, daß Herr v. Batocki den besitzenden Klassen folgendes ins Stammbuch schrieb: „Die Mittel, die uns bis zum Schluß des Erntefjahres zur Verfügung stehen, sind knapp, und es bedarf einer strengen Organisation bei Erfassung und Verteilung des Vorhandenen. Erschwert wird die Arbeit der Behörden durch Widerstände, die ein großer Teil der Bevölkerung den Anordnungen entgegenbringt. Es gilt nicht als unehrenhaft und vaterlandsschädigend, wenn Leute, die dazu in der Lage sind, sich zu Phantasiepreisen Waren verschaffen, die ihnen nicht zustehen. Das steigert die Preise und erschwert die Möglichkeit, diese Waren in die öffentliche Hand zu bekommen.“

Aber sie, die Arbeiter, werden es auch nicht vergessen, daß die „unehrenhafte vaterländische“ Verschaffung von Waren die ihnen nicht zustehen, seitens des „großen Teils der Bevölkerung“ nur möglich ist unter dem mangelhaften, verfehlten System, das seit Ausbruch des Krieges besteht und trotz aller schlimmen Erfahrungen nicht geändert werden soll. Wenn je in Ernährungsfragen nach dem Kriege gesetzgeberische Maßnahmen getroffen werden sollen, dann wird man dem weit aus dem Wege gehen müssen, was in der Kriegszeit geschehen ist. So etwas läßt sich auch nur in der Kriegszeit ertragen.

Die Kontingentierung des Tabaks.

Die Maßnahmen der Deutschen Tabakhandels-gesellschaft werden von der Tabakindustrie nicht etwa mit Genugtuung aufgenommen. Das war freilich vorauszusehen, da mit ihnen der freien Verfügung Grenzen gezogen wurden. Die Eingrenzung in der Fabrikation, die Kontrolle, die fortlaufenden Erhebungen über Tabakbestände, die nicht immer von sachverständiger Beurteilung zugehenden Ablehnungen von Anträgen auf Bezug von Tabak, die zweifellos auf ein Handelsmonopol abzielenden Maßnahmen der Gesellschaft überhaupt sind nicht geeignet, den Beifall der Tabakindustriellen zu finden.

Bei der immerhin in der Zigarrenindustrie noch stark vorhandenen Kleinfabrikation ist es auch ganz erklärlich, daß von den Maßnahmen der Deutschen Tabakhandels-gesellschaft vorwiegend die Mittel- und Kleinfabrikation mißliebig betroffen wird. Die Kleinen gerade haben die meiste Scherereien beim Bezug von Tabak auszustehen, denn sie müssen bei ihrer schwachen Kapitalkraft bei den oft wiederkehrenden Käufen kleiner Posten Tabak all' die unständlichen Formalien erfüllen, die von Großfabrikanten lange nicht so drückend empfunden werden, weil sie Tabakkäufe fast gar nicht nötig haben, denn sie haben sich durch Engroskäufe an den Hauptkapellorten oder auch durch schwimmende Käufe auf Jahre gedeckt.

So muß denn die Tätigkeit der Tabakhandels-gesellschaft besonders auf die Mittel- und Kleinfabrikation drückend wirken. Deshalb müßte sie aber gerade um so rücksichtsvoller ausgeübt werden. Allein, sie verfährt nach den uns vorliegenden Klagen bürokratisch-schematisch. Wenn sie auch nicht die Eigenart jedes kleinen Betriebes berücksichtigen kann — denn dazu fehlt ihr eben die Verfügung über alle Vorräte, außerdem mögen ihr genaue Kenntnis der Kleinfabrikation abgehen — so dürfte sie doch nicht Maßnahmen treffen, die auf die engste Beschränkung der Eigenart der deutschen Zigarrenindustrie abzielen.

Es gewinnt den Anschein, daß eine Vereinfachung der Zigarrenfabrikation ähnlich der österreichischen Monopolwirtschaft beabsichtigt ist. Die Vielgestaltigkeit der Formen, die Herstellung zahlreicher, sehr unterschiedlicher Qualitäten wird erzwungen durch die schematische Ablehnung von Kaufanträgen, die immer wieder kleine Nachkäufe von Tabaken verlangen, weil sie eben zur Herstellung dieser verschiedenartigen Qualitäten erforderlich sind. Auch kleine und mittlere Fabrikanten haben es verstanden, durch eigenartige Mischung der Tabake gute Qualitäten herauszubringen, wodurch sich die deutsche Zigarrenfabrikation vor allen auszeichnete. Das wird verhindert und unmöglich gemacht, wenn die Deutsche Tabakhandels-gesellschaft solche notwendigen kleinen Nachkäufe ablehnt und sich dabei darauf beruft, daß der Beantragende noch genügend andere Tabake besitzt, um vier Monate damit auszureichen. Die Ablehnung hat zur Folge, daß die sich gerade bietende Gelegenheit zum Ankauf einer bestimmten Tabaksorte vorübergeht und der Betreffende

eben auf die Herstellung und Fortführung einer bestimmten Qualitätsorte verzichten muß.

Ob ihm damit ein bestimmter Kundenkreis entgeht, seine Fabrikation eine Einschränkung erfährt und dadurch auch die Arbeiter eine Einschränkung ihrer Arbeit erleiden, ist eine weitere Frage. Jedenfalls bedürfen aber diese Fragen weitestver Berücksichtigung. Wir glauben, die Deutsche Tabakhandels-gesellschaft könnte sich diese Berücksichtigung um so leichter zu eigen machen, als damit gar nichts verloren geht. Jederzeit kann sie auf Grund der von ihr veranstalteten Erhebungen kontrollieren, ob etwa mit Anträgen auf Tabaksbezug Mißbrauch gerrieben würde. Am wenigsten wäre das sicher von Kleinfabrikanten zu befürchten, die mit ihren geringen Vorräten „sozusagen aus der Hand in den Mund leben.“

Daß übrigens große Tabakvorräte in Deutschland vorhanden sind, steht außer allem Zweifel, schon die Maßnahmen der Deutschen Tabakhandels-gesellschaft deuten darauf hin, wenn sie auch die aus den Erhebungen gewonnene Einsicht nicht ziffermäßig der Öffentlichkeit mitteilt. Außerdem weiß jeder Fachmann aus der Praxis, daß vor dem Kriege sowie während desselben die Tabaklager immer wieder aufgefüllt worden sind, in denen oft große Posten ganz alter Jahrgänge lagern. Soll mit ihnen sparsam verfahren werden, gut, aber das braucht nicht zur Schädigung unserer Kleinindustrie auszuarten.

Nach allen uns bekannten Vorgängen und den uns gegenüber ausgesprochenen Klagen muß man zu dem Schlusse kommen, daß — wenn nicht ganz schematisch-bürokratisches Verfahren vorliegt — die Maßnahmen der Deutschen Tabakhandels-gesellschaft als ein systematisches Hinarbeiten auf das Monopol gerichtet sind. Wäre das Fabrikationsmonopol nicht sofort zu erreichen, weil die großen Kosten der Abblöschung schrecken, so doch viel leichter ein Handelsmonopol für Rohtabak. Dafür sind Einrichtungen schon vorhanden, denn die Kontingentierung inländischen und ausländischen Tabaks, speziell die des orientalischen, trägt den ausgeprägten Charakter der Monopolisierung an sich.

Doch, wie dem auch sei — wir wollen hier nur den Klagen und Wünschen Ausdruck geben, daß die Deutsche Tabakhandels-gesellschaft ihre Maßnahmen nicht auf die Dezimierung der Klein- und Mittelabfabrikation richtet, wie es nach ihren Maßnahmen den Anschein gewinnt. Denn das ist doch klar, daß die Kleinen die geschaffene Situation viel drückender empfinden und daß daran schon viele zugrunde gegangen sind oder auf dem Aussterbeetat stehen.

Die Gewerkschaften zur Ablehnung des Friedensangebots.

Die Gewerkschaften und Angestelltenverbände haben an den Reichstangler nachstehendes Schreiben gerichtet:

„Ew. Exzellenz haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstage das Friedensangebot Deutschlands und seiner Verbündeten verkündet, das volle Zustimmung in den Kreisen der Arbeiter und Angestellten Deutschlands fand. Das bewies die freudige Aufnahme des Bekanntgabe des Friedensangebots in der von 800 Vertrauensleuten der Gewerkschaften und Angestelltenorganisationen besuchten Konferenz, die an dem gleichen Tage in Berlin stattfand.“

Die Gegner Deutschlands wiesen die dargebotene Friedenshand zurück. Auch die Friedensanregung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika wurde von ihnen abgewiesen.

In der Antwort der Entente auf diese Friedensnote werden Kriegsziele aufgestellt, die nur nach einer völligen Niederwerfung Deutschlands und seiner Verbündeten zu erreichen sind.

Ihre Erfüllung müßte den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands und die Vernichtung der Existenz vieler hunderttausend Arbeiter und Angestellten und deren Familien herbeiführen.

Die unsinnigen Forderungen der Entente können nur unter der Annahme aufgestellt worden sein, daß die militärische und wirtschaftliche Kraft Deutschlands bereits gebrochen sei.

Daß die militärische Kraft des deutschen Volkes nicht gebrochen ist, bedarf angesichts der Kampfesfronten keiner Erörterung.

Auch seine wirtschaftliche Kraft ist keinesfalls erschöpft. Wir verkennen nicht, daß die Absperrung Deutschlands vom Weltmarkt und die unzureichende Regelung der Verteilung der in Deutschland vorhandenen Nahrungsmittel weite Schichten der arbeitenden Bevölkerung in eine Notlage gebracht haben. Angesichts der Zukunft, die dem deutschen Volke nach den Kriegszielen der Entente droht, ist es dringend geboten, die gerechte Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel zu sichern. Dann wird die

Not ertragen werden, um so leichter, wenn das Bewußtsein vorhanden ist, daß sie alle Schichten des deutschen Volkes in gleicher Weise trifft.

Die Antwort der Entente behebt jeden Zweifel darüber, daß Deutschland sich in einem Verteidigungskrieg befindet. In der vollen Erkenntnis, daß es sich um die Existenz unseres Landes und seiner Bevölkerung handelt, werden wir alle Kräfte des arbeitenden Volkes zur äußersten Kraftentfaltung anregen.

Am 12. Dezember 1916 ist von den Regierungen Deutschlands und seiner Verbündeten der Vorschlag gemacht dem ungeheuren Blutvergießen durch Friedensverhandlungen ein Ende zu bereiten. Sie erklärten, daß ihre eigenen Rechte und begründeten Ansprüche in keinem Widerspruch zu den Rechten der anderen Nationen stehen.

Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit der Völker sollen gesichert und dadurch die Grundlage für einen dauernden Frieden geschaffen werden.

Die Gegner Deutschlands lehnen Friedensverhandlungen auf dieser Grundlage ab. Sie zwingen die den Frieden herbeisehrenden Völker, die Verwirklichung von Menschenleben und Kulturgütern fortzusetzen.

In dieser Lage erklären wir, daß es heiligste Verpflichtung für uns ist, in verstärktem Maße unsere Kräfte um die Existenz unseres Landes einzusetzen.

An den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes, Generalleutnant Bröner, wurde die nachfolgende Rundgebung gerichtet:

Die Antwort der Entente auf die Friedensnote des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika stellt Kriegsziele auf, die nur nach einer völligen Niederwerfung Deutschlands und seiner Verbündeten erreicht werden können.

Ihre Erfüllung müßte den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands und die Vernichtung der Existenz vieler hunderttausend Arbeiter und Angestellten und deren Familien herbeiführen.

Es. Ezzellenz haben in der Konferenz der Vertrauensleute der Gewerkschaften und Angestelltenverbände am 12. Dezember 1916 gesagt, daß der Ausgang des gegenwärtigen Krieges von der Organisation der Arbeit abhängt.

Diese Organisation soll durch das Gesetz betreffend den Vaterländischen Hilfsdienst herbeigeführt werden. Sie dient dem Schutze unserer an den Fronten kämpfenden Söhne und Brüder. In dieser Erkenntnis haben die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen ihre tatkräftigste Mitwirkung bei der Durchführung des Gesetzes nicht nur zugesagt, sondern auch befristet.

Angesichts der rückwärtslosen Zurückweisung des Friedensangebots Deutschlands und seiner Verbündeten sowie der Friedensnote des Präsidenten der Vereinigten Staaten seitens der Entente fühlen wir uns verpflichtet, Es. Ezzellenz zu erklären, daß wir alles daransetzen werden, den vollen Erfolg des Gesetzes zu sichern und die Pläne der Gegner Deutschlands zu vereiteln.

Beide Rundgebungen tragen die folgenden Unterschriften: Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, S. Legien, Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften, A. Stegwald, Verband der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.), Gust. Hartmann, Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände, Eisner, Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Angestelltenrecht, S. Aufhäuser, Arbeitsgemeinschaft für die technischen Verbände, Dr. Höfle.

Die Antwort des Reichskanzlers an die Gewerkschaften ist vom 18. Januar datiert und hat folgenden Wortlaut:

Den Verbänden, die sich zu dem Schreiben vom 16. d. M. vereinigt haben, danke ich von Herzen für die kraftvolle Rundgebung ihres entschlossenen vaterländischen Willens. Ich weiß, daß in Ihrem Schreiben die Gedanken von Millionen unserer Volksgenossen Worte gefunden haben. Die Heimat, an der wir hängen, die Zukunft, an der wir bauen, sie wären in Trümmer geschlagen, wenn der Feind sein Ziel erreichte. Mit jedem Tag enthüllt er schamloser die Absichten, die auf die Vernichtung Deutschlands und seiner Bundesgenossen gehen. Keinem Eroberer aber und mag er über alle Macht der Welt gebieten, ist es bestimmt, das deutsche Volk in ein Skavenjoch zu beugen. Einig im Kampf für unsere Freiheit, die niemals fremdes Recht mißachtet hat, haben wir die neue Herausforderung aufgenommen. Daß in diesem schweren Kampfe die deutsche Arbeiterschaft treu und fest zum Vaterlande steht, haben Sie in Ihrem Schreiben in erhabenden Worten ausgesprochen. Das ist mir eine feste Bürgschaft für unseren endlichen Sieg und für eine Zukunft Deutschlands, in der alle seine Söhne ihr Glück finden sollen.

Der Präsident des Kriegsamtes antwortete: Ihr Schreiben vom 16. Januar 1917 ist die beste Antwort der deutschen Angestellten und Arbeiterschaft auf die schamlosen Rundgebungen unserer Feinde. Das deutsche Volk läßt sich nicht unterliegen! Der englische Hochmut wird sich wohl oder übel davon überzeugen müssen.

Kollegen! Kollegen! Denkt daran, daß unser Verband eine

Agitationswoche

zur Gewinnung neuer Mitglieder festgelegt hat, und zwar die Woche vom 18. bis 24. März 1917.

Es ergeht an alle Jahrestellen der Aof, schon jetzt mit den Vorbereitungen zu beginnen. Die Ortsvereinigungen müssen sich schon jetzt die Kräfte zu den Hausbesuchen zu verschärfen! Jedes Mitglied kann und muß helfen! Der Erfolg wird dann die Arbeit lohnen.

Weitere Entlassungen an alten Tabakarbeitern.

Die Beispiele, daß Fabrikanten sich um die Anordnungen der Zentrale für Kriegslieferungen von Tabak-

fabrikaten einfach nicht kümmern, mehren sich. In der vorigen Nummer des „Tabak-Arbeiter“ haben wir einige grobe Fälle angeführt, wie Fabrikanten infolge der Tabakstreckung mit ihrer alten eingearbeiteten Arbeiterschaft umzugehen; heute können wir wieder einige Firmen nennen, die ihre alten Leute entlassen, dagegen die neuangelernten Arbeitskräfte in den Füllalen, teilweise auch am Hauptbetriebsorte, behalten. Es sind dieses die Firmen Jose Lichant y Gonzales u. Co. in Hamburg und Otto Henningsmeyer u. Sohn in Altona.

Die Ortsverwaltung unserer Fabrikstelle Hamburg-Altona hatte aus Anlaß des in voriger Nummer unseres Blattes besprochenen Falles der Firma L. Wolff in Hamburg eine Eingabe an das stellvertretende Generalkommando des 9. Armeekorps (Kriegsamtsstelle) gerichtet und um Abhilfe ersucht. Folgende Antwort erfolgte: Altona, den 21. Januar 1917.

An den Deutschen Tabakarbeiter-Verband, z. B. des Herrn G. Ostertag, Altona.

Das Gesetz bietet keine Handhabe, mit welcher die Firma L. Wolff veranlaßt werden kann, ihre Maßnahmen rückgängig zu machen; es besteht keine Möglichkeit, eine Firma zu verhindern, Arbeiter zu entlassen. Dagegen wird anzunehmen sein, daß bei dem heutigen Stand des Arbeitsmarktes die entlassenen Arbeiter bei einigem guten Willen sich andere Beschäftigung werden verschaffen können.

Kriegsamtsstelle im Bezirk des stellvert. Generalkommandos des IX. Armeekorps.

Wird sind zwar auch der Meinung, daß die Kriegsamtsstellen der stellvertretenden Generalkommandos nicht in der Lage sind, die Firmen zu einem Verfahren zu zwingen, wie es an maßgebender Stelle bei dem Beschluß auf Streckung des Rohababts hinsichtlich der Arbeiterentlassungen vorausgesetzt worden ist, denn das Hilfsdienstgesetz ist hier nicht anzuwenden, und mit diesem haben es die Kriegsamtsstellen nur zu tun. Aber eine Bemerkung müßten wir uns zu dem obenstehenden Bescheid der Altonaer Kriegsamtsstelle, die ja trotz Unzulänglichkeit auf die Sache eingeht, doch erlauben. Es wird nämlich nicht anzunehmen sein, daß die entlassenen Arbeiter bei einigem guten Willen sich andere Beschäftigung werden verschaffen können. So gut der Stand des Arbeitsmarktes auch allgemein ist. Die Kriegsamtsstelle scheint die Verhältnisse in der Tabakindustrie nicht zu kennen. Sie weiß nicht, daß gerade in der Zigarrenbranche unzählige Krüppel und alte Leute beschäftigt werden. Gerade in Hamburg-Altona gibt es viele alte Zigarrenarbeiter, weil es dort an jungem Nachwuchs fehlt. Es lernt dort eben ein gesunder Mensch nicht mehr das Zigarrenmachen. So geht es an vielen Orten übrigens.

Weil in der Tabakindustrie so viele Krüppel und sonst nicht verwendbare Arbeitskräfte beschäftigt werden, muß erst recht darauf gesehen werden, daß diese als die alten eingearbeiteten Arbeiter nicht hinausgedrängt werden; sie können weder in der Kriegsindustrie noch sonstwo in den seltensten Fällen unterkommen. Und was jung ist und rüstig unter den männlichen Tabakarbeitern, befindet sich im Heeresdienst.

Als man im Reichsamt des Innern über die Streckung des Rohababts mit den verschiedenen Interessenten verhandelte, ist von Seiten der Regierung ausdrücklich betont worden, daß nur unter Schonung der alten eingearbeiteten Arbeiter eingegriffen werden solle. Daraufhin hat die Mindener Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten kraft ihrer Befugnis, die sie durch die Bekanntmachung des stellvertretenden Reichskanzlers vom 30. Dezember 1916 erhalten hat, in ihren Erläuterungen vorgeschrieben, daß nach bester Möglichkeit die alten eingearbeiteten Arbeitskräfte der Tabakindustrie auch ferner in Arbeit gehalten und den im Felde stehenden Tabakarbeitern möglichst wieder Beschäftigung im alten Gewerbe gegeben werden kann. Die Herren Fabrikanten, die anders verfahren, die die alten eingearbeiteten Arbeiter entlassen und die neuangelernten behalten, scheinen nicht begriffen zu haben, daß es sich in den Erläuterungen um eine zwingende Vorschrift der Mindener Zentrale handelt. Anders können wir nach dem, was im Reichsamt des Innern vor sich gegangen und nach den ihr durch den § 3 der Bekanntmachung vom 10. und 27. Oktober 1916 gemäß der Abänderung vom 30. Dezember 1916 übertragenen Befugnissen die Sache nicht aufstellen. Demnach ist die Mindener Kriegszentrale in Verbindung mit den beiden Tabakhandelsgesellschaften aber auch befugt, sogar verpflichtet, ihren Vorschriften den nötigen Nachdruck zu verschaffen. Wie steht es damit? Oder sollen die Fabrikanten die Streckung des Rohababts die Kontingenzierung der Produktion zu einem Adverlat an der alten Tabakarbeiterschaft ausnützen dürfen? Sollen die jetzt im Felde stehenden Tabakarbeiter vor die Tür gesetzt werden? Das wäre die Höhe!

Immer noch keine Vertretung der Tabakarbeiter in der Zentrale für Kriegslieferungen.

Vor Jahr und Tag haben wir bereits eine Vertretung der Tabakarbeiter in der Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten in Minden gefordert. Wir hielten eine Vertretung der Tabakarbeiter für nötig, weil die Organisation der Kriegslieferung von Tabakfabrikaten eine Angelegenheit des ganzen Gewerbes ist, zu dem auch die Arbeiter gehören. So manche Frage gab es da zu besprechen die für die Tabakarbeiter nicht ohne Interesse war. Wir denken z. B. an die Preisgestaltung der Kriegsware und ihr Einfluß auf die Höhe der Entlohnung. Auch der Beschaffungsmodus der Kriegsware geht der Tabakarbeiterschaft an. Mancher gute Gedanke der Tabakarbeiter hätte vielleicht dazu beigetragen, der Zentrale eine geordnete Warenzufuhr zu verschaffen, als

ste sie mitunter hatte. Daß wir uns von Anfang an mit der Einrichtung der Zentrale nicht nur einverstanden, sondern sie als zweckmäßig erklärt haben, ist ja wohl den Leitern bekannt; sie brauchten demnach an der Teilnahme der Tabakarbeiterschaft nicht eine Beeinträchtigung der Grundlagen durch Hervorkehrung „destruktiver Tendenzen“ zu befürchten.

Wir nehmen an, die Herren von der Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten haben geglaubt, daß es sich hier um ein Geschäft und zwar um ein Kollektivgeschäft mit dem Reiche handelt, und daß ins Geschäft hineinzuwerden die Arbeiter nun einmal kein Recht haben, daß ein solcher Anspruch der Arbeiter überhaupt eine Annäherung sei. So liegen die Dinge bei diesem Geschäft nun aber doch nicht. Es handelte sich in diesem Falle um einen Lieferungsvertrag, der eine das ganze Gewerbe beherrschende Bedeutung hatte und natürlich noch hat; unter Ausschaltung des Handels wurde eine Art Monopol geschaffen, bei dem die Mindener Zentrale die organisatorische Leitung übernahm. Unter solchen Umständen und bei der Riesengröße der Lieferungen kann die Bedeutung für das ganze Gewerbe nicht bestritten werden. Wenn aber die Verhältnisse des ganzen Gewerbes beeinträchtigt werden, so ist nicht einzusehen, weshalb nicht auch die Tabakarbeiterschaft in der leitenden und vermittelnden Körperschaft Sitz und Stimme haben soll.

Wie sich die Verhältnisse allmählich entwickelt haben und zu welcher Stellung im deutschen Tabakgewerbe die Zentrale für Kriegslieferungen emporgerückt ist, bedarf einer längeren Auseinandersetzung nicht. Es mag nur bemerkt werden, daß ihr durch die Bekanntmachung des stellvertretenden Reichskanzlers vom 30. Dezember 1916 eine nicht kleine Macht über das Tabakgewerbe übertragen worden ist. In dem Satz „Tabak, dessen Erwerb einem Hersteller von Tabakerzeugnissen gestattet wird, darf nur entsprechend den Weisungen der deutschen Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten, Sitz Minden i. W., verarbeitet werden“, liegt ihre Vollmacht. Aus dieser Bestimmung ist auch die Berechtigung der Mindener Zentrale zu ihren „Erläuterungen“ herzuleiten. Sie ist also in der Lage, den Herstellern, die Rohababts erwerben, Vorschriften über die Verarbeitung zu machen.

Damit kommen auch Arbeiterfragen viel mehr als bisher in den Bereich der Tätigkeit der Mindener Zentrale. Die „Erläuterungen“ beweisen es schon, indem darin die im Reichsamt des Innern von allen Seiten ausgedrückte Schonung der alten eingearbeiteten Tabakarbeiterschaft vorgeschrieben wird. Es werden sich ihre Fragen aufdrängen, die vor allem die Tabakarbeiter angehen. Schon die „Erläuterungen“ müssen nach unserer Meinung andere Maßnahmen nach sich ziehen. Sollen nun in einer Körperschaft, die sich mit wichtigen Arbeiterfragen beschäftigt, die Beschlässe fassen und durchzuführen muß, die das Wohl und Wehe der Tabakarbeiterschaft sehr stark berühren, die Arbeiter nicht vertreten sein? Als im Reichsamt des Innern die Frage der Rohababtsstreckung vorbereitet wurde, hat man auch Vertretern der Tabakarbeiter ihre Meinung sagen lassen; und wir meinen, daß das, was in der höchsten Regierungsstelle recht ist, in der Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten billig sein könnte. Zwar kennen wir ja den Geist, der sich der deutschen Tabakarbeiterschaft bisher gegenüberstellte und auch heute noch lange nicht ganz zurückgedrängt ist, doch können wir uns mit allen Kamellen jetzt nicht mehr zufrieden geben. Zeit und Verhältnisse lassen uns die Mitwirkung der Tabakarbeiterschaft überall dort fordern, wo ihre Angelegenheiten beraten werden. Da aber in der Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten, Sitz Minden, ungewisselhaft wichtige Tabakarbeiterfragen behandelt worden sind und auch künftig noch behandelt werden müssen, ist die Vertretung der drei Tabakarbeiterorganisationen in ihr nicht nur recht und billig, sondern durchaus zweckmäßig im Interesse aller Beteiligten, soweit die Arbeiter nicht von vornherein als minderwertig über die Achsel angesehen und nur als passiv betrachtet werden sollen. Jedenfalls erheben wir hiermit erneut den Anspruch der Tabakarbeiterschaft auf eine Vertretung.

Preisprüfung für Tabakwaren.

Das Organ des Deutschen Tabakvereins, „Das Deutsche Tabakgewerbe“, schreibt zu dieser Frage:

„Von zuständiger Stelle im Reichsamt des Innern ist den Vertretern des Tabakgewerbes wiederholt zugesagt worden, daß regierungsseitig einer Übertragung der Preisprüfung für Tabakwaren auf die deutsche Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten nähergetreten werden solle, es wurde hinzugefügt, daß hiervon die vorgesehene Behörde der amtlichen Prüfungsstellen verständigt worden sei. Tatsächlich haben auch bereits amtliche Prüfungsstellen Beanstandungen der Preisfestsetzung für Tabakwaren an die Deutsche Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten zur Weiterverfolgung abgegeben, während es allerdings auch immer noch vorkommen soll, daß eine Prüfungsstelle für sich vorgeht. Wie färglich festgestellt worden ist, hat sich das Reichsamt des Innern noch nicht schlüssig gemacht, doch steht, nachdem nunmehr die neue Tabakverlehrsregelung stattgefunden hat, einer baldigen Entscheidung in dieser Frage wohl auch nichts mehr im Wege.

Die Deutsche Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten hat dem Reichsamt des Innern bereits vor Wochen die erforderlichen Unterlagen unterbreitet. Danach sollen alle Beanstandungen von Preisfestsetzungen für Tabakwaren behördlicherseits an die zuständige Ueberwachungsstelle der Deutschen Zentrale für Kriegslieferungen abgegeben werden. Für Zigarren sind fünf Prüfungsstellen der Zentrale vorgelesen und zwar entsprechend den fünf Zigarrenherstellungsbezirken; für Rauch-, Kau- und Schnupftabak soll eine Prüfungsstelle mit dem Sitz Mannheim in Betracht kommen, während für Zigaretten zwei in Aussicht genommen sind und zwar eine in Dresden und,

Die in Berlin. Die Ausschüsse dieser Prüfungsstellen sollen aus fünf Herstellern und zwei Händlern mit Tabakwarenzeugnissen bestehen. Für ihre Tätigkeit sind bestimmte Richtlinien aufgestellt, nach denen sie ihre Begutachtung des einzelnen Falles einzurichten haben. Die Zentrale in Minden hat dann die Weiterbehandlung der einzelnen Sachen in die Hand zu nehmen.

Es ist dringend wünschenswert, daß nun bald diese Angelegenheit regierungsfreudig in Ordnung gebracht wird, und es wäre durchaus sachgemäß und zweckentsprechend, wenn dies nach den Grundrissen der Deutschen Zentrale für Kriegslieferungen geschehe. Da nach den Vorschlägen der Zentrale bei den einzelnen Prüfungsausschüssen auch ein Vertreter der Behörden mitzuarbeiten haben soll, so ist eine völlig unparteiische Tätigkeit dieser Ausschüsse gewährleistet und deshalb zu hoffen, daß sich auch die öffentliche Meinung bei einer solchen Regelung der Preisprüfung für Tabakwaren beruhigt."

Rohstoffproduktion und Zigarettenindustrie.

Verschiedentlich ist die Frage aufgetaucht, ob nicht die Bevorratung über die Streckung des Rohstoffes ein weiteres Hindernis der Raucher zur Zigarette im Gefolge habe. Auch die „Vereinigten Tabakzeitungen“ hatten dieser Befürchtung Ausdruck gegeben. Das Organ der Zigarettenindustriellen, „Die Tabakwelt“, schreibt dazu: Wenn man den „Vereinigten Tabakzeitungen“ Glauben schenken darf, haben diese geringen Einschränkungen innerhalb der Zigarettenindustrie ausgelöst, weil diese durch die neuen Bestimmungen nicht getroffen wird, und den Wunsch erweckt, auch deren Erzeugung zu beschränken. Das erscheint uns wirklich nicht wahrscheinlich. Man muß bedenken, daß der Verbrauch von Zigaretten in den ersten 7 Monaten des Jahres 1915 noch immer erheblich über dem Normalverbrauch vor dem Kriege steht — und da soll für die Zigarettenindustrie eine Gefahr aus der Zigarette entstehen? Jeder Zigarettenfabrikant weiß zudem, mit welchen immer stärker wachsenden Schwierigkeiten die Zigarettenindustrie zu kämpfen hat, um überhaupt noch ausreichendes Rohmaterial aus dem Auslande herinzubekommen, während die Zigarettenindustrie bis August aus dem vollen holländischen Markt schöpfen konnte, weiß, daß die Zigarettenindustrie mit Sorge der kommenden Zeit entgegensteht, und da soll wieder einmal das drohende Gespenst der allzu unterdrückten Zigarette auftauchen? Daß die Preise für orientalische Tabake noch viel erheblicher gestiegen als für Zigaretten, ist bekannt, ebenso daß die Zigarettenindustrie durch die Entziehung der Ersatztabake durchaus einseitig ungerecht behandelt worden ist und daß sie auch bei den Heereslieferungen nicht in gleicher Weise wie die Zigarettenindustrie beteiligt ist. Nein, es liegt wirklich kein Grund vor, mißgünstig auf die Zigarettenindustrie zu sehen, und aus unserer Kenntnis derjenigen Preise der Zigarettenindustrie heraus, mit denen wir Fühlung haben, können wir nicht annehmen, daß da tatsächlich kleinlicher Konkurrenzneid am Werke sein soll. Die „Vereinigten Tabakzeitungen“ hätten nach unserer Auffassung richtiger getan, solchen Gerüchten überhaupt nicht Raum zu geben. Denn wenn sie sich auch gegen die Wünsche und Befürchtungen, von denen sie gehört haben wollen, wenden, so tragen sie doch immerhin zur Verbreitung der Gerüchte bei.

Im übrigen liegen ja die Verhältnisse in der Versorgung der Zigarettenindustrie und der Zigarettenindustrie mit Rohstoff grundverschieden. Das hat ja auch dazu geführt, daß die Regelung in jedem Industriezweig ganz für sich erfolgt ist. Die Gründe, die für die Beschränkung der Zigaretten-, Raucher-, und Schnupftabak-Industrie maßgebend gewesen sind, kommen für die Zigarettenindustrie nicht in Frage, und es ist gar nicht möglich, den Maßstab der Zigarettenindustrie einfach auf die Zigarettenindustrie zu übertragen.

Netter Gewinn.

Von der Zigarettenfabrik „Patria“, G. Nowitz u. W. Kleinkopf, A.-G. in Posen, wird berichtet: Der Aufsichtsrat beschloß, der Generalversammlung eine Dividende von 30 Prozent (gegen 20 Prozent im Vorjahre) vorzuschlagen. Ferner hat der Aufsichtsrat beschlossen, das Kapital von 8 Millionen Mark auf 5 Millionen Mark zu erhöhen und die neuen Aktien den bisherigen Aktionären zu 105 Prozent und zwar auf drei alte Aktien zwei junge Aktien anzubieten. Endlich wurde beschlossen, in Warschau eine Filialfabrik zu gründen, sobald es die Verhältnisse gestatten.

Unsere Gaukonferenzen.

Um die Zeit der Jahreswende fanden in sämtlichen Gauen unseres Verbandes Konferenzen statt; soweit uns Berichte über die Verhandlungen zugehen, haben wir sie veröffentlicht, heute wollen wir zusammenfassend einen kurzen Ueberblick über die Verhandlungen geben.

In einer Zeit außerordentlicher Verhältnisse, da alles im Fließen ist, wie in der Tabakindustrie, ist es unzweckmäßig, Verbandstage abzuhalten, es sei denn, daß wichtige Augenblicksfragen zu erledigen sind. Deren gibt es gegenwärtig aber in unserem Verbandsverband nicht. Dennoch sind Anregung und Verständigung in allerlei Fragen unter den Mitgliedern nötig, und wenn auch zu diesem Zwecke das Verbandsorgan seinen Teil zu leisten hat, so ist doch eine mündliche Ansprache nicht minder vorteilhaft für die Zwecke des Verbandes, indem sie aufmunternd und klärend wirken kann und meistens auch wirken wird. So hatte denn auch die Verbandsleitung den Gauleitern die Abhaltung von Konferenzen empfohlen. Hinzu kam, daß inzwischen das Hilfsdienstgesetz zur Einführung gelangte, so daß es notwendig war, bestimmte Bestimmungen, die natürlich auch die Tabakarbeiter sehr viel angehen, nach Möglichkeit auseinanderzusetzen. Handelt es sich doch um die bestmögliche Wahrung der Arbeiterinteressen.

Auf allen Gaukonferenzen beschäftigte man sich beun-

auch mit dem Hilfsdienstgesetz. Wie aus den Berichten hervorgeht, hat sich auf allen Konferenzen die Kollegenschaft auf den Standpunkt gestellt, daß man das Gesetz nicht gerade zu bejubeln brauche, aber seine Notwendigkeit im Interesse der Landesverteidigung anerkennen müsse, zumal wenn man bedenke, daß es die Arbeiter der Militärversorgung bewahre. Auf den Konferenzen in Dresden und Gera zeigte sich einzelner, dagegen in Berlin lebhafter Widerspruch gegen das Gesetz. Eine sich gegen das Gesetz und die sozialdemokratische Reichstagsaktion richtende Resolution wurde jedoch auch dort abgelehnt. Von Gegnern des Gesetzes wurde dort beantragt, daß nun, nachdem es eingeführt sei, jeder Tabakarbeiter das Beste für die Kollegenschaft herauszuholen die Pflicht habe. Bemerkenswert ist, daß der Bericht von Süddeutschland die Tatsache hervorhebt, daß manchen Tabakarbeitern die Freizügigkeit längst durch Vereinbarungen der Fabrikanten untereinander illusorisch gemacht wurde. Im übrigen wurde auf allen Konferenzen schließlich zum Ausdruck gebracht, daß man mit dem Hilfsdienstgesetz eine starke Organisation gebrauche, wie man sie immer und unter allen Umständen gebrauche.

Mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen beschäftigten sich insbesondere die Konferenzen der Süddeutschen Gauen. Das war auch dringend nötig. Die süddeutschen Tabakarbeiter haben noch ein gutes Stück Arbeit zu leisten, wenn sie überall eine mindestens zwanzigprozentige Lohn- und Steuerungszulage erreichen wollen. Es ist nur langsam vorwärts gegangen, die meisten Fabrikanten haben sich wenig oder garnichts merken lassen. Aber leider sind daran die Tabakarbeiter in Süddeutschland, soweit sie unorganisiert sind, selbst schuld; sie sollten sich die Tabakarbeiter in anderen Gegenden zum Vorbild nehmen. Ist auch die Organisation nirgends lückenlos, so hat sie doch hier und dort genügend Stärke und Einfluß, um etwas zu erreichen. Aus dem auf der Berliner Konferenz gegebenen Bericht geht deutlich genug hervor, was rege Organisationsarbeit auch in dieser Zeit zu leisten vermag. Ebenso könnten noch andere Gauen berichten. Daraus geht aber auch die Tatsache hervor, daß man auch in dieser Zeit nicht nötig hat, die gewerkschaftliche Tätigkeit zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen einfach auszuschalten. Mögen auch die Formen zurzeit in der Hauptsache andere als wie in normalen Zeiten sein, das Streben nach Verbesserung der Lage der Tabakarbeiter findet trotzdem Ausdruck und Erfolg. Wir müßten schlechte Gewerkschafter sein, wenn es anders sein sollte. Wenn in bestimmten Gegenden die Löhne zurückbleiben, so wollen wir ruhig die Schuld den dort noch in so großer Zahl unorganisierten Tabakarbeitern zuschieben. Es ist schlimm, daß diese auch den Aufstieg der organisierten Kollegenschaft hindern.

Interessant war jedenfalls ein auf der sächsischen Konferenz gestellter Antrag, nach welchem die Militärverwaltung nur dort ihre Zigaretten zu kaufen verpflichtet werden sollte, wo tariflich festgelegte Löhne bestehen. Der Antrag wurde abgelehnt, weil er zurzeit nicht durchführbar ist, aber die ihm zugrundeliegende Idee ist jedenfalls beachtenswert. Denken wir uns die Sache so, daß die Militärverwaltung ihre Preise in der Weise festgesetzt hat, daß die Fabrikanten in der Lage sind, die von den Tabakarbeitern geforderten Mindestzulagen von 20 Prozent zu gewähren, und das ist doch nach den erfolgten Bewilligungen der Fall, so müßte auf jene, die nichts oder ungenügend bewilligt haben, sehr wohl ein gelinder Druck auszuüben sein, besonders in Anbetracht der gegenwärtigen Organisation der Rohstoffverteilung. Selbstverständlich müßte sich die Einwirkung auch auf die Löhne der für die Privatindustrie hergestellten Fabrikate beziehen. Solche Gedanken und Wünsche mögen sonderbar erscheinen, aber sie sind es in einer Zeit, in der die Lebenshaltung immer schwieriger wird, keineswegs. Sehen sich doch Reich, Staat und Gemeinde veranlaßt zu manchen anderen Eingriffen, die ebenfalls der Erhaltung des Volksgutes dienen sollen. Auch der Lohndruck ist vor allem jetzt mit Fug und Recht als Wucher anzusprechen.

Auf den Konferenzen in Dresden, Gera und Goslar wurde auch die Frage angeschnitten, die Erwerbslosenunterstützung wieder auf die sachungsgemäße Höhe zu bringen. Bei Beginn des Krieges sah sich bekanntlich Vorstand und Ausschuss gezwungen, einschneidende Aenderungen in den Unterstützungsformen eintreten zu lassen. Erst als die Arbeitslosigkeit einigermaßen überwunden war, wurden die Unterstützungsätze wieder auf Dreiviertel ihrer statutenmäßigen Höhe festgesetzt. In dieser Höhe bewegen sie sich zurzeit noch. Es ist nun durchaus erklärlich, daß Wünsche auf Erhöhung der Unterstützungsätze laut werden und ohne Zweifel würde dem auch vom Vorstand entsprochen werden, wenn nicht wichtigere Interessen der Tabakarbeitererschaft dadurch gefährdet würden. Nachdem wir nahezu zwei Jahre lang die denkbar günstigste Konjunktur hatten, so daß uns selbst eine erhebliche Erhöhung der Tabaksteuern nichts anhaben konnte, müssen wir jetzt mit mancherlei Eingriffen rechnen, deren Schärfe auf dem Arbeitsmarkt nicht spurlos vorübergehen wird. Zu vermuten ist, daß, wenn der Krieg noch eine längere Zeit dauern sollte, die Streckungsmaßnahmen noch schärfer werden. Aber auch ohne solche Verschärfung wird mindestens nach Beendigung des Krieges die Geschäftslage in der Tabakindustrie nicht gerade rosig sein. Auf alle Fälle erfordern die Interessen der Tabakarbeiter, daß sich die Organisationen für die kommende Zeit vorbereiten, so gut es irgend geht. Wer der Meinung ist, daß uns Kämpfe umfangreicher und erster Art bevorstehen, wird es für ein dringendes Gebot halten, die dafür nötige Munition ins Trockene zu bringen. Glücklicherweise schwindet unter unseren Mitgliedern immer mehr die Auffassung, daß der Verband vorwiegend Unterstützungsverein ist. Auch auf den Gaukonferenzen, auf denen die Heraushebung der Erwerbslosenunterstützung besprochen wurde, haben sich die Delegierten der besseren Einsicht nicht verschlossen und den Kampf um die Lebenshaltung der Tabakarbeitererschaft über die reinen Unterstützungsätze gestellt. Uns allen wird es eine Genugung sein, daß unser Verband bei Beendigung

des Krieges wesentlich mehr als zu Beginn desselben bedeutet.

Ueber Arbeit nachweise verhandelte man in Hamburg, Goslar und Gera. Vielleicht wird man sich künftig in allen Gauen mehr als bisher mit der Arbeitsnachweisfrage beschäftigen müssen, zumal die Umwälzungen in unserer Industrie das lebhafteste Tempo anschlagen werden. Je besser übrigens die Organisation, je dringender wird das Bedürfnis nach einem gut geleiteten Arbeitsnachweis.

Der Krieg hat die meisten ingearbeiteten Funktionen des Verbandes für seine Zwecke in Anspruch genommen; es hält oft genug schwer, in dieser und jener Zahlstelle überhaupt Bevollmächtigte zu finden. Auch sind die weibliche Mitglieder nicht überall bereit, in die Drosche zu springen... Unsere Kolleginnen glauben auch heute zum Teil noch, daß ihnen im Verbandsverband eine tätige Rolle nicht zukomme. Das ist selbstverständlich falsch! Für die Erledigung der Verbandsgeschäfte während der Kriegszeit wäre es von Vorteil gewesen, wenn unsere Kolleginnen überall schon vor dem Kriege zu den Verbandsgeschäften herangezogen worden wären, ja, daß sie sich selbst heranzögern hätten. Wenn eine Kollegin auf der Berliner Konferenz wünschte, und mit Recht, das weibliche Mitglieder mehr als bisher zur Organisation der Tabakarbeiter herangezogen werden möchten, so wollen wir dazu bemerken, daß die Verwendung von Kolleginnen zur Agitation wesentlich eine Frage der Beteiligung unserer weiblichen Mitglieder an der Verbandsarbeit überhaupt ist. Nehmen die Kolleginnen an der Erledigung der Verbandsgeschäfte teil, so wird sich ihr Interesse an dem Verband und seine Aufgaben steigern, es werden sich auch unter ihnen tüchtige Bevollmächtigte und Agitatoren herausbilden. Das sie dazu nicht die Fähigkeiten haben sollten, ist natürlich Unsinn. In einer Reihe von Zahlstellen führen heute und führten schon vor dem Kriege Kolleginnen in den Ortsverwaltungen musterhafte Ordnung, auch sind sie immer auf den Posten, wenn es agitieren heißt. Und agitiert werden soll in einer gutgeleiteten Zahlstelle natürlich immer. Aber da es, wie gesagt, während des Krieges in manchen Zahlstellen mit den Verbandsgeschäften habert, hatten es sich wohl unsere Gauleiter zur Aufgabe gemacht, auf den Konferenzen den Delegierten die Notwendigkeit einer prompten und zuverlässigen Erledigung der Verbandsgeschäfte vor Augen zu führen. Wir gestehen, daß nach dieser Seite hin garnicht genug getan werden kann. Eine plündernde und gewissenhafte Geschäftsführung ist für den gescherten Bestand der Zahlstellen und damit für eine feste Grundlage des Verbandes unbedingt erforderlich. Deshalb sollte auch nie eine Gelegenheit verpaßt werden, die Bevollmächtigten über alles zu unterrichten und sie an die Wichtigkeit ihrer Aufgaben zu erinnern. Dazu ist eine Gaukonferenz sehr geeignet. Es würde auch sehr vorteilhaft sein, wenn die Gauleiter in Zeiten, da sie nicht von wichtigeren Dingen in Anspruch genommen werden, in den Zahlstellen Vorträge über die Verbandsgeschäfte und deren praktische Erledigung halten würden.

Alle Konferenzen behandelten die Agitationsfrage. Die Agitation darf in einem Verbandsverband, der die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen eines ganzen Gewerbes vertreten will, niemals ruhen, selbst nicht in schlechten Zeiten Scharen neuer Mitglieder zu gewinnen, so muß man sich solange bescheiden, bis die Situation besser geworden ist, etwas läßt sich aber auch bei schlechtem Geschäftsgange herausholen, mindestens muß sich die Agitation dann aber in der Richtung bewegen, daß die Besten möglichst erhalten werden. Der Abgang von Mitgliedern in manchen Zahlstellen ist zu Zeiten recht bedenklich, so daß Gegenmaßnahmen notwendig sind. Also muß immer agitiert werden. Je planmäßiger das geschieht, umso besser ist der Erfolg; die Vorbereitung und die Beständigkeit in der Agitationsarbeit darf nicht fehlen. Jetzt ist der Geschäftsgang noch günstig und muß deshalb die Zeit unter Berücksichtigung der kommenden Verhältnisse in der Tabakindustrie ausgenutzt werden. Was trotz des Krieges an Erfolgen in der Agitation erreicht werden kann, haben uns manche Zahlstellen bewiesen. Und zu tun gibt es in der Agitation überall leider noch genug. Haben die Gaukonferenzen vermocht, die Agitation zu beleben und einen frischen Zug in die Mitglieder hineinzubringen, so war schon das allein ihre Abhaltung wert. Auf einigen Konferenzen sind Wünsche an die Verbandsleitung geäußert worden, denen nach Möglichkeit entsprochen werden soll, wie denn auch schon der Anregung, einen Agitationsrat zu festzusetzen, in der Festlegung einer Agitationswoche Rechnung getragen worden ist. So, ist denn wohl zu erwarten, daß die Beratung der Agitationsfrage auf den Gaukonferenzen ihre Früchte tragen wird.

Alles in allem darf man wohl behaupten, daß die Gaukonferenzen den Zweck, den solche Zusammenkünfte haben sollen und können, auch erfüllt haben. Es mag nicht überall gleich lebhaft hergegangen sein, aber mit der nötigen Voraussetzung, daß Beste für den Verband gewonnen zu haben, die ganze Kraft für die Verbesserung der Lage der Tabakarbeitererschaft einzusetzen, ist man ans Werk gegangen. Und wenn auch auf der Berliner Konferenz die Parteidifferenzen zum Teil die Verhandlungen beherrschten, so dürfen wir dessen ungeachtet wohl annehmen, daß alle Delegierten von allen Konferenzen mit dem Gedanken nach Hause gegangen sind: Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr! Die Zeit drückt schwer, unsere ganze Kraft muß dem Wohle der Tabakarbeitererschaft geweiht sein!

Vom holländischen Tabakgewerbe.

Der Südd. Tabakzeitung wird aus Amsterdam geschrieben: Vertreter der holländischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbände hatten mit dem Vorsitzenden der N. O. T. Herrn van Nalk. eine Besprechung betreffs der Rohstoff-Versorgung. Auf den Hinweis, daß zur Zeit bereits mehr als tausend Arbeiter im holländischen Tabakgewerbe brotlos sind und

große Gefahr besteht, daß bei Wiederöffnung der Grenze alle in Holland liegenden Tabakvorräte nach dem Auslande abfließen, die Arbeitslosigkeit also noch mehr zunehmen wird wurden die folgenden „beruhigenden“ Erklärungen abgegeben: 1. daß am 2. Februar in Rotterdam 2200 Colli, am 16. Februar in Amsterdam 6000 Colli N. O. T. Tabak versteigert und die Verkäufe alle Monate fortgesetzt werden 2. daß der eingeführte und freigelegene Tabak innerhalb von 1 Monate in Hände der Fabrikanten übergegangen sein muß, so daß vermieden wird, daß Großhändler oder Großfabrikanten gewaltsam Spekulation Ruffläche machen 3. daß Maßregeln zur Verformung der holländischen Industrie genommen sind mit dem Vorbehalte daß Störung der Zufuhr oder andere Ursachen ausbleiben ferner daß die Menge der zu lässenden N. O. T. Tabake im Verhältnis zum wirklichen Verbrauch der Käufer stehen muß, 5. daß falls diese Bestimmungen sich unzureichend erweisen, werden die N. O. T. weitere Maßnahmen mit den Fachverbänden vereinbaren will.

Cabakstreckung in Oesterreich.

In Wiener Zeitungen wird geschrieben: „Infolge der Unmöglichkeit, den für den Landtabak erforderlichen Rohstoff in ausreichenden Mengen zu beschaffen, hat sich die Monopolverwaltung zu einer Streckungsmaßnahme gezwungen gesehen. Die Streckung erfolgt durch Beigabe einer gleichen Menge von Ersatzstoffen, die selbstverständlich vom gesundheitlichen Standpunkt aus vollkommen einwandfrei sind und den Geschmack und das Aroma des Landtabaks nicht im geringsten beeinflussen. Mit der Ausgabe des gestreckten Landtabaks, der sich auch äußerlich nicht von dem bisherigen Landtabak unterscheidet, wird demnächst begonnen.“

Wie hierzu weiter mitgeteilt wird, erfolgt die Streckung durch Beigabe von Birkenblättern, die vorher in eine Tabaksauche gelegt werden. Die Beimischung erfolgt im Ansatze eines Fünftels der Gesamtmenge, so daß ein Paket Landtabak künftig aus vier Fünfteln Tabak und einem Fünftel Birkenblättern bestehen wird. Eine Streckung der anderen Rauchsorten oder eine weitere Preissteigerung der Tabakerzeugnisse soll nicht beabsichtigt sein.

Cabaknot in England.

Die Vorräte an türkischem Tabak in England gehen, nach einer Mitteilung der „S. J. a. M.“, langsam auf die Neige. Nach Mitteilung von Fachleuten seien die englischen Zigarettenfabrikanten nur noch drei Monate imstande, den Betrieb in mäßigem Umfange aufrecht zu erhalten. Die Bemühungen, Tabak aus den Kolonien zu erhalten, seien bisher von geringem Erfolg begleitet ge-

wesen. Ob diese Maßnahme auf Richtigkeit beruht, läßt sich natürlich nicht nachprüfen.

Hugo Keller.

Es gibt noch Alte, die jung sind. Zu diesen gehört unser valdrieger erbauliche Hugo Keller in Görtzig, der am 19. Januar sein 78. Lebensjahr in geistiger und körperlicher Frische vollendete. Vater Keller, wie er in Schleien, wo er überall bekannt und beliebt ist, genannt wird, war schon unter Preußen in der Tabakarbeiterbewegung tätig und hat auch die Bruderkämpfe zwischen Genossen und Gassenarbeitern, welche damals die Arbeiterklasse zur Entschlüsselung verurteilten, mit durchgemacht. Von seiner Geburtsstadt Brötzen kam er nach einer Reihe von Wanderschaften nach Görtzig. Er wurde gemäßigter und machte sich selbstständig. Später als die Gewerkschaftsbewegung in Schleien stärker wurde und sich die Arbeiter gegen die Einkünfte der Arbeiterklasse ausstießen, welchen Kosten er heute noch vermag. Das Arbeiterrecht hat ihn für ganz Niederdeutschland eine wertvolle Hilfe und Stütze für die Bevölkerung geworden. Keller hat sich nicht nur an den Generalversammlungen des Verbandes teilgenommen, in Schleien war er oft Vorsitzender auf unseren Konferenzen und leitete die zuletzt in Breslau tagende Konferenz. Auch in der Partei hat Keller stets seinen Mann gehalten. Er war der erste Stadtverordnete, der von der Görtzger Arbeiter-Schaft in das Stadtparlament entsandt wurde und konnte die Freude erleben, daß im Laufe der Zeit die Zahl der Stadtverordneten auf 20 gebracht wurde. Selben und Sorgen hat Keller in reichem Maße durchleben müssen. Der Weltkrieg erwies ihm den Sohn. Mancher wäre durch die eitle Not und den Kummer niedergebückt. Unser Kollege Keller aber hat nie den Mut verloren. Sein Gebirge an die Arbeit der Organisation, an den Aufstieg der Arbeiterklasse und dessen Sieg, hat ihn immer wieder aufrecht erhalten und sein heißer Wunsch ist, nach dem Krieg weiter mitzuarbeiten an der Organisation der Arbeiter, um sie mächtig und stark und einheitlich im Kampfe für die Volkswirtschaft zu benützen. Möge es dem alten Volkskämpfer vergönnt sein, noch recht lange einen sonnigen Lebensabend im Kreise seiner Kollegen und Großen zu verbringen!

Verbandsliste.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen (V. = Verbandsbeitrag):

Am 19. Januar: Altenburg 3. 150.— 20. Heidelberg 3. 88.39. Mühlberg 3. 60.— Barmen 3. 100.— Warendorf 3. 40.— Spandau 3. 71.— 21. Schmalhausen 3. 40.— Rheda 3. 150.— Bismarck 3. 40.— Würzen 3. 250.— Erlangen 3. 60.75. Belgard 3. 50.— Prießnitz 3. 30.— 22. Schmiedeln 3. 21.45. Haderleben 3. 50.— Enns 3. 100.— Görtzig 3. 300.— Friedberg 3. 60.— Langenbier 3. 60.— Vorch 3. 140.— Golßen 3. 85.— Mainz 3. 100.— Wilschwerda 3. 300.— Pöhl 3. 51.08. Kirchhagen 3. 150.— Bräunl. Schl. 3. 350.— Süßdorf 3. 150.— Salzungen 3. 35.— 23. Cunja 3. 146.87. Gilschhausen 3. 75.— Gerinswalde 3. 125.— Sorau 3. 100.— Rarzin 3. 75.— Wittweida 3. 55.— Prießnitz 3. 100.— Deringhausen 3. 45.— 24. Verden 3. 500.— Goch 3. 150.— Mühlhausen i. Th. 3. 250.— Banitz 3. 27.60. Gannebrod 3. 70.— 25. Grevesmühlen 3. 30.— Weiden 3. 150.— Spandau 3. 100.— 26. Bremen 3. 400.—

Verrechnung:

In Nr. 4 des „Tabak-Arbeiters“ muß es heißen: Unterm 13.: Jüterbog 150.— statt 1.50. 14.: Osabrück 250.— statt 2.50. Seiffenröder 150.— statt 1.50. Ludau 35.— statt Ludau 3.05. Verlin 850.— statt 8.50. Süßheim 250.— statt 2.50. Dobrluga 50.— statt Dobrluga 50.— 16.: Süßheim 50.— statt 50.— Jüterbog 20.— statt 149.— Die Druckmischungen werden ersucht, die Abrechnung nach den überflüssigen Geldern umachend einzusenden. Bremen, den 29. Januar 1917. B. Nieder-Belland.

Abrechnungen vom 4. Quartal 1916 gingen ein:

1. Gau Hamburg: Barchin, Verden, Grevesmühlen, Neuhaus, Hagenburg, Haderleben; 2. Gau Hannover: Wolfenbüttel, Uslar, Exleben, Einbe, Halberstadt, Münchehof, Dessau; 3. Gau Nordhausen: Mühlhausen, Banitz, Gannebrod; 4. Gau Verden: Osabrück, Jelitshausen, Hildenhäusen, Gannebrod, Hilde, Enns, Hett. Osendorf, Gehlenberg, Wurmton; 5. Gau Frankfurt a. M.: Worms, Frankfurt a. M., Friedrichshausen, Mainz, Langenscheidt, H. Steinheim; 6. Gau: Heidelberg; Lorch; 7. Gau Offenbach: Alpbach, Emmenbinau, Edinau; 8. Gau Erfurt: Könnern, Spolba, Mühlhausen, Breilungen, Wintersdorf, Weida; 9. Gau Dresden: Meißen, Tannenberg, Bölsig, Birna; 10. Gau: Prießnitz, Wittweida, Görtzig, Bräunl., Trebitz, Heinitz, Langenscheidt; 11. Gau Berlin: Spandau, Driesen, Schmalhausen, Künsterwalde, Spandau, Wolkauf, Berlin, Rahrom, Schlow, Neubarn.

Gestorben:

Gestorben ist der Kollege Fritz Haase aus Verdenhagen bei Elbing, 20 Jahre alt (Karlstraße 2 Elbing). Am 11. Januar Karb zu Schönauke der Zigarettenarbeiterin Josepha Ramska aus Bromberg, 27 Jahre alt. Am 17. Januar Karb zu Klein-Ruheim Joh. Eckerich aus Klein-Ruheim. Am 26. Januar Karb zu Stomen bei Spremberg die Wirtin Marie Elise Wilmel, geb. Delwerth, aus Spremberg, 29 Jahre alt. Zu Striegau Karb die Buchhalterin Pauline Körber aus Striegau. Am (?) Karb zu Leipzig Richard Nothe aus Altenburg. Ihre ihrem Andenken!



Eckstein

Zigaretten

Einzig in Qualität

Truffrei

AMSTELNESÖHNE-BRESEN

Amerikanische u. deutsche Tabake

Größtes Wickelformenlager Deutschlands

JEDES FACON NEU UND GEBRAUCHT STETS AM LAGER

L. COHN & CO.

BERLIN N., BRUNNENSTRASSE NO 24.

Verlangen Sie sofort kostenlos

Unsere Haupt-Preislisten: Modellbögen, Zigarettenband, Zigarettenpapier, Fragant, Muster etc.

Sobald neu erschienen

Modellbogen 212

für Zigaretten-Wickelformen

Grosses Lager

Preiswerte Angebote

Kein Tabakarbeiter darf mehr unorganisiert sein!

Achtung! Kohltabak!

Hengfoss & Maak

Altona - Ottensen

Spezialisierte Zentral-Einkaufsstelle für Tabakfabriken. Die höchsten Preise aus Hamburg. Jos. Berio, Schillerstraße 81.

Gelesene Cabakarbeiter

Sind ein vorzügliches Agitationsmittel, deshalb gebe man sie stets an unorganisierte Kollegen weiter!

DRUCKSACHEN

aller Art in moderner Ausführung für Private und Vereine liefert billigst

J. H. SCHMALFELDT & CO.

BREMEN — GEEREN 6-8

Gummi-Tragant

Das beste und sauberste Klebemittel. Neue Zufuhren eingetroffen. Offizieren solange Vorrat reicht freibleibend.

Mk. 9.— p. Pf. Mk. 14.— p. Pf.
Mk. 11.50 p. Pf. Mk. 15.— p. Pf.
Mk. 12.50 p. Pf. Mk. 18.— p. Pf.

Handmuster geben nicht ab. Proben von 1 Mk. an. Unb. Besteller nur p. Nachfrage

L. Cohn & Co.

Berlin N., Brunnenstr. 24

Kollegen!

Agitiert für eure Zeitung

Kollegen! Agitiert unorganisiert für den Verband!

Carl Roland

Berlin SO 26

Kottbusserstrasse 4.

Sumatra-Decke ... pr. 50. 6.80
do. do. ... pr. 50. 7.—
Java-Etbl. m. Umbl. pr. 50. 4.70
Java-Umblatt, 2. Gg. pr. 50. 5.50
do. do. 3. Gg. pr. 50. 5.50
do. do. 3. Gg. pr. 50. 5.40
do. do. 2. Gg. pr. 50. 6.—
Carmen-Umbl. 1. Gg. pr. 50. 6.20
Brasil-Umbl. 1. Gg. pr. 50. 6.20
Havana ... pr. 50. 6.80
Versteid-Decke ... pr. 50. 6.80
Besocki-Decke, G. B. M. ... pr. 50. 8.—

Ca. 17000 gebrauchte Wickelformen

alle erdenklichen Fassons, teils wie neu,

zu sehr billigen Preisen am Lager

Fordern Sie Zusendung der Masterbogen

Heinrich Franck, Berlin N 54

Nachtabschreibung Brunnenstrasse 22 Utensilien für Zigarettenfabriken